

# GERMAN TAX ADVISERS

GEMEINSAM EUROPA  
MITGESTALTEN



## Standpunkte für eine umsichtige EU-Politik 2024 – 2029

### Die German Tax Advisers

Die German Tax Advisers (GTA), der Zusammenschluss der Bundessteuerberaterkammer KdöR (BStBK) und des Deutschen Steuerberaterverbands e.V. (DStV), vertreten gemeinsam die Gesamtheit des deutschen Berufsstands auf EU-Ebene.

Sie treten für die [Stärkung berufsständischer Kompetenzen](#) in der EU-Gesetzgebung und die [Gestaltung des künftigen Tätigkeitsumfelds](#) der über 100.000 Steuerberater\*innen in Deutschland ein.

### Unser Bekenntnis

Die GTA begleiten die für den Berufsstand einschlägige EU-Gesetzgebung. Wir sind konstruktiv, kritisieren auch, wenn es nötig ist – im Rahmen der Verantwortung, die wir für die Gesellschaft und den Berufsstand tragen. Dies ist [Ausdruck unseres Demokratieverständnisses](#). Ein Blick über den Tellerrand Europas lehrt uns jeden Tag, dass dies nicht selbstverständlich ist.

**„Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Werten der EU. Mehr denn je ist sie Garantin für Frieden, Freiheit und Wohlstand.“**

### Unsere Kernforderungen

- Unterschiedliche Berufsrechte respektieren
- Hohe Qualität der Steuerberatung erhalten
- Steuerberater\*innen in der EU als Rechtsberufe anerkennen
- Rufschädigung als “Enabler” aggressiver Steuerplanung unterlassen
- Bürokratieabbau konsequent weiterverfolgen

## Unsere Standpunkte

### *1. Für eine umsichtige Politik zur Verankerung des Berufsrechts im Europäischen Dienstleistungsmarkt*

Der Binnenmarkt zeichnet sich durch seine Vielfältigkeit an Dienstleistungen aus. Eine umsichtige Binnenmarktpolitik berücksichtigt die Besonderheiten unterschiedlicher Dienstleistungen.

Aufgrund ihrer berufsrechtlichen Regeln erbringen Steuerberater\*innen in Deutschland **hochwertige Dienstleistungen für Mandanten** mit erheblichen Mehrwerten für die Gesellschaft jenseits marktüblicher Kriterien von Angebot und Nachfrage. Eine Errungenschaft wie das Berufsrecht der Steuerberater\*innen in Deutschland muss dauerhaft im Europäischen Binnenmarkt verankert bleiben.

**„Eine umsichtige Politik schert nicht alle Dienstleistungen über einen Kamm. Sie unterscheidet sorgsam zwischen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Hindernissen im Binnenmarkt.“**

### *2. Für eine umsichtige Politik mit einem Europäischen Binnenmarkt der Zukunft*

Der Europäische Binnenmarkt muss künftig eine größere Bandbreite unterschiedlicher Interessen vereinen. Er muss digitale Entwicklungen fördern. Gleichzeitig verlangen gerade KMU und Verbraucher\*innen in digitalisierten Märkten nach **Rechtssicherheit**.

**„Eine umsichtige Politik darf das Ziellandprinzip bei der Erbringung von Dienstleistungen im Binnenmarkt nicht in Frage stellen.“**

### *3. Für eine umsichtige Politik, die aggressive Steuerplanung und Steuerhinterziehung zielgerichtet bekämpft*

In seiner EntschlieÙung „Lehren aus den Pandora-Papers und anderen Enthüllungen“ forderte das Europäische Parlament einen Legislativvorschlag mit konsequenten Maßnahmen zur Regulierung von Intermediären, die Steuerhinterziehung und ”aggressive Steuerplanung“ erleichtern – also auch von Steuerberater\*innen. Dabei sind Steuerberater\*innen in Deutschland ein **gesetzlich verankertes, unabhängiges Organ der Steuerrechtspflege mit Prozessführungsbefugnissen**.

Aufgrund ihrer Stellung und ihrer **Verpflichtung zu Compliance** sind sie ein unerlässlicher Partner, um die Mandanten zu unterstützen, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie sind **keine „Enabler“** von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung.

**„Eine umsichtige Politik stellt Organe der Steuerrechtspflege nicht grundlos unter Generalverdacht!“**

#### ***4. Für eine umsichtige Politik, die Steuerberater\*innen in Deutschland als Rechtsberufe anerkennt***

Wie Rechtsanwälte erbringen Steuerberater\*innen in Deutschland Dienstleistungen, die einer **gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht** unterliegen. Dennoch bleiben Steuerberater\*innen in der Europäischen Gesetzgebung regelmäßig von der Anwendung des „legal professional privilege“ ausgenommen.

**„Ein umsichtige Politik ist interessengerecht. Das „legal professional privilege“ muss deshalb künftig für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in gleicher Weise gelten.“**

#### ***5. Für eine umsichtige Politik, die Steuerberater\*innen und Mandanten dauerhaft entlastet***

Steuerberater\*innen in Deutschland sind **erste Ansprechpartner für die Wirtschaft. Insbesondere KMU profitieren von dieser Partnerschaft.** Damit sind sie nicht nur mit der in der eigenen Kanzlei anfallenden Bürokratie beschäftigt, sondern zugleich auch mit den bürokratischen Belastungen ihrer Mandanten. Die Schaffung von Strukturen und die Implementierung einer DNA zum Abbau unnötiger oder wirkungsarmer Bürokratie und zum Erhalt einer entlastenden Europäischen Gesetzgebung würde europäischen Unternehmen einen Wettbewerbs- und Standortvorteil verleihen und den bestehenden Fachkräftemangel mildern.

**„Eine umsichtige Politik entlastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Kein Start-up sollte vordringlich einen Compliance-Manager benötigen.“**

## Unsere Standpunkte im Detail

### Unterschiedliche Berufsrechte respektieren

Der Beruf Steuerberater\*in ist in der Europäischen Union nicht harmonisiert. Die berufsrechtlichen Regelungen, falls überhaupt vorhanden, sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich.

In Deutschland üben Steuerberaterinnen und Steuerberater als unabhängige Organe der Steuerrechtspflege mit Prozessführungsbefugnis einen rechtsberatenden Beruf aus, der grundsätzlich mit der Tätigkeit von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vergleichbar ist.

In der EU allerdings bedeutet genau diese Stellung als Rechtsberuf eine Sonderstellung: Viele EU-Mitgliedstaaten kennen auf der einen Seite „Steueranwälte“, die berufsrechtlich Rechtsanwälte sind, auf der anderen Seite „zertifizierte Bilanzbuchhalter“ (z.B. Frankreich und Italien), jedoch nicht den Titel „Steuerberater“ als geschützten Berufstitel. In manchen Mitgliedstaaten kann das Berufsrecht so schwach sein, dass weder Titelschutz noch eine gesetzlich verankerte berufliche Verschwiegenheitspflicht besteht.

Diese Unterschiede liegen zum einen daran, dass das materielle Steuerrecht in 27 Einzelrechtsordnungen geregelt ist, da die EU-Verträge im Steuerrecht nur begrenzte Kompetenzen vorsehen, zum anderen an unterschiedlichen berufsethischen Traditionen und einem anderen Rechtsverständnis für die Stellung eines bestimmten Berufs.

Der EuGH hat hierzu entschieden, dass die Mitgliedstaaten grundsätzlich selbst festlegen dürfen, welche Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ausübung eines Berufs notwendig sind (Urteil in der Rechtssache C-342/14, X-Steuerberatungsgesellschaft, Rn. 44).

**“Die berufsrechtlichen Systeme der steuerberatenden Berufe sind tief in der jeweiligen nationalen Rechtsordnung verwurzelt und müssen dauerhaft im Europäischen Binnenmarkt verankert bleiben.”**



## Hohe Qualität der Steuerberatung erhalten

Steuerberater\*innen arbeiten ganz eng mit dem Mandanten zusammen. Sie beraten, erklären und begründen, warum und wie viele Steuern zu zahlen sind. Dadurch leisten Steuerberater\*innen in Europa einen wichtigen Beitrag zur Steuerakzeptanz und tragen damit zur Stärkung von Tax Compliance in der Gesellschaft bei.

Deregulierende Marktöffnungen bilden ein gefährliches Einfallstor für die Minderung der Qualität von Steuerberatungsleistungen und für die Unterwanderung der Unabhängigkeit von Steuerberatern. Sie bereiten ein Umfeld, das der Steuerehrlichkeit und dem Schutz des Gemeinwohls abträglich ist. Ein solches Umfeld ist nicht geeignet, mehr Transparenz, Stärkung von Tax Compliance und mehr Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl zu gewährleisten und steht damit im Widerspruch zu den steuerpolitischen Zielen der EU.

Für die Mitgliedstaaten bilden Steuerberater eine wichtige „Bindefunktion“ zwischen den Steuerpflichtigen und den Finanzbehörden und tragen damit maßgeblich zur Sicherung des Steueraufkommens in den Mitgliedstaaten bei. Ohne Steuerberater und ihre Pflicht zur Compliance würde es z.B. in Deutschland zu erheblichen Steuerausfällen aufgrund fehlerhafter Steuererklärungen kommen. Die Finanzverwaltung ist auf korrekte und vollständig ausgefüllte Steuererklärungen und richtig gemaapte E-Bilanzen angewiesen. Das kann in der bewährten Qualität nur durch Steuerberater gewährleistet werden, da nur sie aufgrund ihrer gesetzlich verbrieften Funktion als „Organ der Steuerrechtspflege“ zu gewissenhafter und ordnungsgemäßer Leistungserbringung verpflichtet sind.

**“Die Sicherung des Steueraufkommens steht und fällt mit der Qualität von Steuerberatungsleistungen.“**

**“Deregulierende Marktöffnungen wirken sich zu Lasten der Qualität aus.“**





## Steuerberater\*innen in der EU als Rechtsberufe anerkennen

Diese Situation führt dazu, dass auf EU-Ebene kein einheitliches Verständnis der Rechtsberufe herrscht, was die Verhandlungen zu mehreren EU-Gesetzesinitiativen in den letzten Jahren gezeigt haben.

Eines der Hauptprobleme ist dabei der aus dem angelsächsischen Rechtskreis stammende Begriff „legal professional privilege“, der im Prinzip den Schutz jeglicher Kommunikation zwischen einem Rechtsberater und seinem Mandanten umfasst. Dieser Begriff wird von den Sprachjuristen/Übersetzern oft zu eng mit „anwaltliches Berufsgeheimnis“ übersetzt, z.T. unter Berufung auf den EuGH, der in ständiger Rechtsprechung die anwaltliche Kommunikation unter das legal professional privilege fasst.

Bei einer solchen Übersetzung fallen die deutschen Steuerberater aus dem Schutz heraus, weil in den deutschen Ministerien selbstverständlich die deutsche Fassung der Richtlinien umgesetzt wird. Beispiele der letzten Jahre sind die Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Richtlinie (EU) 2019/1937, Whistleblower-Richtlinie) und die DAC6-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2018/822), bei der Deutschland im Rat allerdings folgende Erklärung zu Protokoll gegeben hat:

„Nach dem Verständnis der Bundesrepublik Deutschland gelten die Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen in Deutschland auch für Abschlussprüfer, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in gleicher Weise wie für Rechtsanwälte.“

Im Übrigen kann sich die „Sonderstellung“ des deutschen Berufsstands auch bei Themen der beruflichen Selbstverwaltung niederschlagen (z.B. Aufsichtsstrukturen/Grundsatz der Rechtsaufsicht im Anti-Geldwäschepaket), da die berufliche Selbstverwaltung der Rechtsanwälte und Notare in den anderen Mitgliedstaaten ähnlich stark ausgeprägt ist wie in Deutschland, die der Steuerberater aber wiederum nicht.

**“In EU-Rechtsakten sollte durchgehend die Formulierung *“Angehörige von Rechtsberufen im Sinne der von den Mitgliedstaaten vorgenommenen Definition“* verwendet werden.“**

*Legal  
Profession*

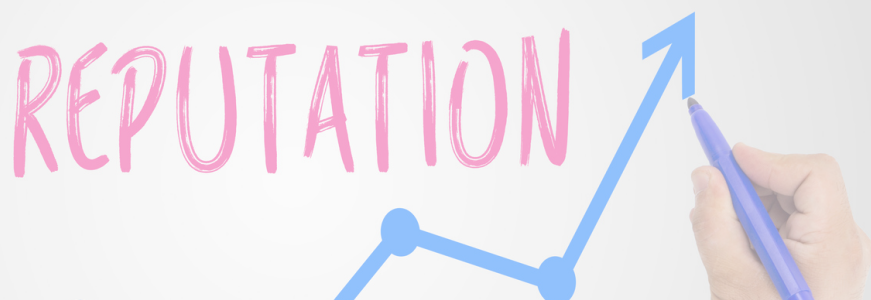
## Rufschädigung als „Enabler“ aggressiver Steuerplanung unterlassen

Mit dem Legislativvorhaben SAFE hatte die Europäische Kommission in der laufenden Legislaturperiode versucht, Steuerberaterinnen und Steuerberater als „Vermittler aggressiver Steuerplanung“ unter generellen Missbrauchsverdacht zu stellen und sie mit zusätzlichen Regelungen zu belasten. Geplant war ein Verbot „aggressiver Steuerplanung“, eine EU-Registrierungspflicht sowie Sanktionen.

Vor dem Hintergrund, dass Steuerberater\*innen in Deutschland als Organ der Steuerrechtspflege Funktionen zur Wahrung des Rechts innehaben, ist ein rufschädigendes und negativ konnotiertes Framing als „Vermittler“ oder „Enabler“ aggressiver Steuerplanung völlig unangebracht. Der Berufsstand untersteht nicht ohne Grund einem strengen Berufsrecht, das eine essenzielle Rolle bei der Einhaltung von Tax Compliance spielt.

Unklare Rechtsbegriffe und immer neue Meldepflichten signalisieren vermeintlich politische Entschlossenheit, führen aber leider nicht zum erwünschten Ergebnis. Will die Kommission wirksam gegen unerwünschte Steuergestaltung vorgehen, muss sie den Fokus auf multinational agierende Vermittler und komplexe Strukturen in Drittstaaten richten. Wenn ein Graubereich unerwünschter Steuergestaltung geschlossen werden soll, kann dies nur durch Änderungen im internationalen Steuerrecht bzw. die Einführung eines strengen Berufsrechts in anderen Staaten auf der jeweiligen nationalen Ebene gelingen, falls noch nicht vorhanden.

**“Für SAFE besteht keinerlei Regelungsbedarf. Staaten, die ein strenges Berufsrecht haben, sind schon SAFE. Sie brauchen ein solches Regularium nicht. Von dem Vorhaben ist endgültig Abstand zu nehmen. Gegebenenfalls sind reglementierte Steuerberufe vom Anwendungsbereich auszunehmen.”**



## Bürokratieabbau konsequent weiterverfolgen

Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU im internationalen Vergleich zu verbessern, brauchen die europäischen Unternehmen Planungssicherheit. Diese ist das entscheidende Kriterium für unternehmerische Investitionsentscheidungen und stärkt den Wirtschaftsstandort EU. Der Berufsstand ist dabei erster Ansprechpartner und weiß um die bürokratischen Belastungen und Sorgen der KMU.

Fest steht: Europa ist überbürokratisiert. Um eine Stagnation des Wirtschaftsstandorts EU zu verhindern, muss Bürokratie merklich abgebaut werden. Die derzeitige „One in one out“ Regel erhält allenfalls den Status quo. Es muss Entlastung geschaffen werden, ohne an anderer Stelle neue Pflichten einzuführen.

Konkret müssen etwa:

- die Anzeigepflichten grenzüberschreitender Steuergestaltungen nach der DAC6-Richtlinie sachgerecht angepasst werden. Sie verursachen viel Aufwand und bringen keinerlei Nutzen
- die Prüfung einer Briefkastenfirma ([Unshell](#) [Richtlinienvorschlag COM/2021/565 final]) auf die allertypischsten Fälle beschränkt werden
- die Verhältnismäßigkeit der Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) überprüft werden und
- die Abschaffung des öffentlichen CbCR in Erwägung gezogen werden, welches spätestens mit der OECD-Umsetzung zur Einführung einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen mit einem Mindeststeuersatz von 15 Prozent obsolet geworden ist.

**“Bürokratieabbau muss permanent Anwendung finden und darf keine einmalige Angelegenheit sein. Bestehende Instrumente und Initiativen zur besseren Rechtssetzung, insbesondere das Subsidiaritätsprinzip, das REFIT-Programm, der KMU-Test, Smart Regulation, Wachstum durch bessere Regulierung sowie die Prinzipien „One-in, One-out“, „Once only“ und „Think Small First“ sollten zugunsten von Wachstum und Unternehmertum konsequent angewandt werden.”**

**“Die KMU-Schwellenwerte sollten gezielt angehoben werden, um Bürokratielasten von KMU im Vergleich zu multinationalen Konzernen zu reduzieren. EU-weite digitale Infrastrukturen sollten bereitgestellt werden, um regulatorische Flickenteppiche zu vermeiden.”**